

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Wirth, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 5,50 M. Ein Jahrgang 60 Pf.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261. Reichstagszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 halbspaltige Reklamereizeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 9 halbspaltige Reklamereizeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Auftrags-Ermäßigung an vorgelieferten Tagen. Für Briefkastenbesetzung 30 Pf.

Nr. 287

Dresden, Sonnabend den 11. Dezember 1920

31. Jahrg.

## Vom Streikrecht der Beamten

Man soll sich praktische Fragen, die an sich schon schwer genug zu lösen sind, nicht dadurch erschweren, daß man theoretische Fragen aufwirft, die überhaupt nicht zu lösen sind. Dennoch ist die Frage der Beamtenbesetzung durch das Aufheben der Frage kompliziert worden, ob die Beamten ein theoretisches Recht zum Streiken besitzen oder nicht. Die einen sagen, die Verfassung gibt allen das Koalitionsrecht, Koalitionsrecht ist Streikrecht, so haben die Beamten das Streikrecht. Die anderen erklären, die Beamten haben besondere Rechte, sie sind lebenslanglich angestellt, rücken mit zunehmendem Alter in ihren Gehaltsansprüchen vor, erhalten Pension, und diesen besonderen Rechten entsprechen auch besondere Pflichten. Wenn die Beamten auf das Streikrecht Anspruch machen, so verlieren sie dadurch ihre privilegierte Stellung und müssen sich mit einem Anstellungsvertrag begnügen, der ihren Arbeitgeber, die Allgemeinheit, berechtigt sie unter Umständen auch zu entlassen.

Ueber diese theoretische Streitfrage läßt sich tagelang diskutieren, man kann sich über sie erhitzen, aber zu einer Lösung, die ohne Druck aufgeht, wird man niemals kommen. Ein unbegrenztes, unter allen Umständen anwendbares Streikrecht der Beamten kann es nicht geben, denn das würde bedeuten, daß die Gesetzgebung über die Beamtengehälter überhaupt nicht mehr zu sagen hätte, und daß die Beamten sich selber ihre Gehälter festsetzen. Diesen Unfuss kann kein Mensch wollen, am wenigsten wird ein vernünftiger Beamter ihn vertreten. Aber auch die linksradikalen Parteien sollten sich vor ihm hüten. Im bolschewistischen Rußland werden Beamte, die streiken wollen, nicht nur kurzerhand hinausgeworfen, sondern sie haben auch noch weit schlimmere Unannehmlichkeiten zu gewärtigen. Und der neue unabhängige Minister des Innern in Sachsen, Lipinski, wird sich auch nicht auf den Standpunkt stellen, daß seine Kriminal- und Sicherheitsbeamten jeden Augenblick die Arbeit einstellen dürfen, um ihn zur Zahlung derjenigen Gehälter zu zwingen, die sie selber für angemessen halten.

So wenig also die Beamten ein unbefristetes und unbegrenztes Streikrecht haben können, so wenig kann man sagen, daß sie überhaupt unter gar keinen Umständen streiken dürften. Schließlich gibt es außerordentliche Verhältnisse, in denen das bedruckte Papier nichts mehr gilt und das natürliche Notwehrrecht in Aktion tritt. Not kennt kein Gebot, sagt schon Weismann, als ohne Not infolge eines falschen Generalabplans die feierlich verbriefte Neutralität Belgiens verlegt wurde.

Es gibt also Umstände, unter denen die Beamten streiken werden, ganz gleichgültig, ob sie das theoretische Recht dazu besitzen oder nicht. So haben die Beamten gestreikt, um den Rapp-Putsch abzuwehren, so haben sie es auch verschiedentlich in den besetzten Gebieten zur Demonstration gegen fremde Willkür getan.

Eine ganz andre Frage aber ist es, ob sie das tun sollen, um ihre wirtschaftlichen Forderungen gegenüber dem Staat durchzusetzen. Gegen einen solchen Versuch wird sich jede Regierung, ob deutsch-national oder kommunistisch, zur Wehr setzen. Dann entscheidet nicht das Recht, über das die Bolschewiken streiten, sondern die Macht. Die Machtverteilung in einem solchen Kampf hängt aber wiederum ab von der größeren oder geringeren Geschlossenheit der miteinander ringenden Parteien und davon, zu welcher sich die öffentliche Meinung neigt. Gelingtes der Regierung, die öffentliche Meinung gegen die Beamten zu stimmen, so ist der Beamtenstreik verloren.

Es wäre kindisch, wenn sich Beamte auf den Standpunkt stellen: Man hat uns das Streikrecht bestritten, jetzt wollen wir zeigen, daß wir es dennoch haben! Man kann ein Recht haben, ohne es zu brauchen, und man kann sich ein Recht nehmen, das man auf dem Papier nicht besitzt. Nicht darauf kommt es an, wer in der Theorie recht hat, sondern darauf, was dabei herauskommt.

Nach dieser praktischen Seite hin müssen die Forderungen der Beamten reiflich erwogen werden. Streiks, die einen größeren Umfang annehmen, sind heute eine Lebensnotwendigkeit für das ganze deutsche Volk. Aufgabe aller verantwortlichen und ihrer Verantwortung bewußten Kreise muß es sein, eine friedliche Lösung zu finden, die den am meisten berechtigten Forderungen der Beamten nach Kräften entgegenkommt, aber auch auf die Finanzen des Reiches Rücksicht nimmt. Eine solche Lösung zu finden, ist die Sozialdemokratische Partei bemüht, ohne mit der leeren Wahlpropaganda der Deutschen Nationalen und der Linksradikalen in Wettbewerb zu treten. Der Antrag der Sozialdemokraten, alle Beamten ohne Unterschied der Verdienstklasse mit einer prozentual gleich bemessenen Zulage zu versehen, müßte daher für sie ebenso unannehmbar sein, wie der Antrag der Unabhängigen, der ganz einfach für alle und jeden 10 000 M. Zulage verlangt und nach der Forderung des Reichsfinanzministers den Neubaus von 6,7 Milliarden Papiergeld erfordert. Die Beamten werden hoffentlich einsehen, daß nicht die Leuten ihre besten Freunde sind, die heftigsten und unerfüllbarsten Forderungen vertreten und sie zu überallem Vorworte herausfordern. Die wahren Freunde der Beamten sind die Leuten, die sich bemühen, einen Weg zu finden, auf dem wirklich die schlimmsten Härten beseitigt werden und die die Beamten zu befriedigen, die Folgen wohl abwägendem Verhalten zu bestimmen suchen.

## Das neue sächsische Kabinett

Dresden, 11. Dezember. Die gestern nachmittag angekündigten Besprechungen des Ministerpräsidenten Bud mit den unabhängigen Abgeordneten Lipinski, Jädel und Fleißner haben zu dem Ergebnis geführt, daß Lipinski das Ministerium des Innern, Fleißner das Kultusministerium, Jädel das Arbeitsministerium übernehmen, so daß das Kabinett folgendermaßen definitiv zusammengesetzt ist: Ministerpräsident Bud (Soz.); Wirtschaftsministerium: Schwarz (Soz.); Justizministerium: Dr. Harnisch (Soz.); Ministerium des Innern: Lipinski (Unabh.); Kultusministerium: Fleißner (Unabh.); Arbeitsministerium: Jädel (Unabh.); Finanzministerium: Heldt (Soz.).

Am Montag nachmittag findet die erste Sitzung des neuen Kabinetts unter dem Vorsitz d. s. Ministerpräsidenten Bud statt, in der die Regierungsbildung besprochen werden soll, die in der Dienstagssitzung d. s. Landtags auf der Tagesordnung steht.

Lipinski hat das Ministerium des Innern bereits heute übernommen, während die Übernahme des Kultusministeriums und des Arbeitsministeriums durch Fleißner und Jädel am Montag erfolgen wird.

## Brotgetreidelage und Reichswirtschaftsrat

Berlin, 11. Dezember. In der heutigen Vollversammlung des Reichswirtschaftsrates ergreift der Vorsitz in die Tagesordnung der Vertreter des Getreideerwerbes das Wort, um auf die Verhältnisse der letzten Tage im Getreideerwerb hinzuweisen. Wenn die Regierung daran denke, den Bucherparagrafen weiter zu verschärfen, so würden die Getreidebesitzer, ehe sie ins Justizhaus montieren, ihre Schritte beschleunigen. Er wehrt sich gegen die Auslegung des Getreidehandelsparagrafen, der nach seiner Meinung nur auf das Privatpublikum Anwendung finden darf.

Bei der Debatte über die Beschlüsse des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung zur Verwirklichung der sämtlichen Vorschläge sprach der Reichswirtschaftsrat für Landwirtschaft und Ernährung über unsere Brotgetreidelage. Er bezeichnete die Lage als ernst, doch liege kein Anlaß vor, sie katastrophal zu nennen. Er faßt zum Trost mit Händen in diesem Jahre unter Berücksichtigung der etwas gesteigerten Inlandsproduktion und der durch Reichsmilliardeingehilfe beschafften Auslandsernte demnächst nicht schlechter da als im Vorjahre.

Er betont, daß man beschließen, das System des Abbaus des Schleichhandels sofort durchzuführen. Dann sagte er, im Abbau der Zwangswirtschaft sei momentan ein Stillstand eingetreten. Eine Lockerung der Brotgetreide- und Futterwirtschaft könne nicht in Frage kommen, doch seien Vorbereitungen im Gange, die Brotgetreide-

schicht des nächsten Jahres auf eine gesunde Basis zu stellen. Ueber die Getreideversorgung sagte er, es sei eine Besserung des Absatzes eingetreten, die Verkäufer hätten sich vermindert, eines Verbilligung durch Reichsmittel könne er nicht zustimmen.

## Hardings Beauftragter kommt nach Berlin

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 11. Dezember. Aus Paris läuft die Nachricht ein, daß der zur Zeit dort weilende republikanische Senator McCormac beabsichtigt, in abendlicher Zeit nach Berlin zu kommen. McCormac gehört zu den herbeizugewandten Führern der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika. Er ist nach Europa gereist, um sich nach eigenem Augenmerk über die Verhältnisse zu unterrichten. Da er bei dem Präsidenten Harding die gleiche Rolle spielt wie bei dem bekannten Oberst House bei Wilson, wird man seinem Aufenthalt in Berlin mit besonderem Interesse entgegensehen.

## Griechenlands Schrei nach Konstantin

Athen, 11. Dezember. Nach dem offiziellen Ergebnis der Volksabstimmung wurden 99954 Stimmen für die Rückkehr des Königs Konstantin und 110383 dagegen abgegeben.

Wien, 11. Dezember. Der französische Gesandte hat eine Note der französischen Regierung übergeben, die antwortet, daß Frankreich im Falle der Wiedererlangung des Königs Konstantin keine weitere finanzielle Mitwirkung für Griechenland versagt.

Paris, 11. Dezember. Labas meldet, daß der griechische Ministerpräsident Thallis das Telegramm, das den König Konstantin nach Griechenland zurückruft, noch nicht abgelehnt hat.

## Vom Völkerverbundkongreß

Genf, 11. Dezember. Der Völkerverbundkongreß ist der Antrag der Interkommission auf Aufnahme Österreichs in den Bund zugestimmt worden.

Genf, 11. Dezember. Die zweite Kommission befaßt sich mit der Kontrolle des Opiumhandels und mit dem Kampfe gegen den Frauen- und Kinderhandel. Sie sprach sich für die Verwirklichung allgemeiner Konferenzen aus, die gemeinsam zu treffenden Entscheidungen prüfen sollen.

## Ein Zyklon

Tarent, 11. Dezember. Ein Zyklon verheerte die Gegend von Tarenta. Häuser stürzten ein; andre wurden beschädigt. Man meidet zwei Tote und etwa 50 Verletzte. In Tarent soll es infolge Einsturzes einer Brücke 20 Opfer gegeben haben.

## Leichte Entspannung der Lage

Der Reichsrat schloß sich in seiner gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung den Beschlüssen des Reichstages vom Donnerstag über die Erhöhung der Beamtenentlohnungsulagen einstimmig an. Der sächsische Vertreter bemerkte dazu, daß schon mit Rücksicht auf die nicht mehr ganz richtige Gestaltung des Ortsklassenverhältnisses seine Regierung gewünscht hätte, die Rinderzulagen einheitlich zu gestalten. Bei der Dringlichkeit der Sache sei das aber nicht mehr möglich, und deshalb finde sich keine Regierung mit den Beschlüssen des Reichstages ab.

Durch diese Beschlüsse scheint doch zunächst eine gewisse Veruhigung der Beamtenlage eingetreten zu sein. So hat der Deutsche Beamtenbund gestern beschlossen, mit Rücksicht auf die in der nächsten Woche in Brüssel stattfindende Konferenz im Augenblick von einer Urabstimmung Abstand zu nehmen. Er stellt die Aktion zurück bis nach Beendigung der Brüsseler Konferenz bzw. bis nach den Feiertagen. Der dem Bund angeschlossene Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten trat diesem Beschlusse bei; er glaubt, die in seinen Mitgliederkreisen herrschende Erregung bis dahin eindämmen zu können.

Zu dieser leichten Entspannung in der Beamtenbetätigung scheint auch der Umstand mit beigetragen zu haben, daß der Reichsfinanzminister über die ihm abgeforderte Aufhebung der Streikverbote Verhandlungen mit den Vertretern der Beamtenchaft aufgenommen hat.

Am Donnerstag abend fanden in Berlin überfüllte Mitgliederparlamenten des Deutschen Eisenbahnerverbandes statt, in denen allerdings von einer Veruhigung durch die Reichstagsbeschlüsse noch nichts zu merken war. Der Verbandsvorsitzende Schöffel teilte mit, daß der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes am kommenden Sonntag in Berlin zusammentreten werde, um zu der Lage Stellung zu nehmen. Mehr als den Beamten werde man den Arbeitern nicht geben wollen. Aber die Arbeiter seien nicht damit zufrieden, wenn sie nur eine Erhöhung der Rinderzulage bekommen, wovon ja die Ledigen nichts haben. Die Stunde sei so ernst, wie sie seit der Revolution noch nicht gewesen ist. Bei allen bisherigen Vorkommnissen sei man den Eisenbahnern weit entgegengekommen als jetzt. Am Sonntag werde die Entscheidung fallen, ob die Eisenbahner in den Kampf eintreten. Die Situation sei für einen Kampf insofern günstig, als es sich um eine Forderung der gesamten Eisenbahner, Arbeiter und Beamten, Verkehrs- und Werkstoffpersonal handle. Der engere Vorstand habe nicht die geringste Absicht zu brechen.

Die große Erbitterung der Eisenbahner und ihre Interessengemeinschaft gebe die Gewähr für eine geschlossene Kampffront. Sollten sich die Leitungen der anderen Eisenbahnerorganisationen dem Kampf nicht anschließen wollen, dann werde der Deutsche Eisenbahnerverband den Kampf allein führen und die Mitglieder der anderen Verbände mit fortziehen. Ein Kampf der Eisenbahner, obwohl er rein wirtschaftliche Ursachen hat, könne eine große politische Wirkung auslösen. Ein Vertreter der Beamten wünschte eine friedliche Durchführung der Forderungen, sicherte den Arbeitern aber im Falle des Kampfes die Solidarität der Beamten zu. Die Stimmung unter den Berliner Eisenbahnern wird beleuchtet durch folgenden einstimmigen Beschluß:

„Die Verammelten fordern den Hauptvorstand auf, mit aller Energie und Schärfe für die sofortige Aufhebung ihres Einseitens bis zur Höhe des Ortsklassenverhältnisses einzutreten und den Kampf schrittweise mit allen Mitteln, letzten Endes auch unbedingt mit dem Streik, zu führen. Geschlossen verhalten wir uns, auch bei einem eventuellen Streikverbot der Regierung in den Streit zu treten, wenn der Hauptvorstand uns ruft und auf Streikunterstützung zu verfährt.“

Ermahnt sei noch, daß der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter in einer Entschlossenheitsklärung, der im Parlament gefasste Entschluß bedeute für die Beamtenchaft die Ablehnung ihrer Hauptforderungen; er werde eine Urabstimmung veranstalten, um festzustellen, ob die organisierten Beamten zur Erreichung ihrer Lebensnotwendigkeiten das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden willens sind.

## Eine Erklärung des Deutschen Beamtenbundes

Berlin, 10. Dezember. Vom Deutschen Beamtenbund geht uns folgende Erklärung zu: Der Deutsche Beamtenbund stellt fest, daß weder Klasse noch Verfassungen der gewerkschaftlich organisierten Beamtenchaft das berufsbahmähliche Recht nehmen können, lebenswichtige Forderungen mit allen gemeinschaftlichen Mitteln zu erkämpfen. Die im Deutschen Beamtenbund zusammengeschlossenen Beamten halten aber die allgemeine politische Lage des deutschen Volkes zur Zeit für so ernst, daß sie in pflichtmäßiger Wahrnehmung des ihnen berufsbahmählich obliegenden Pfandes am Volke im gegenwärtigen Augenblick nicht gewillt sind, von dem letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch zu machen. Der Deutsche Beamtenbund kann und will jedoch mit diesem Entschluß seine bisherigen wirtschaftlichen Forderungen nicht zurückgeben; er fordert noch wie vor eine unbeschränkte Inhabung des Dienstverhältnisses der Beamten in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und keine Sicherung des Existenzminimums, die allein die sozialrechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtenstandes schwächt.